

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

Beilage zum *Mittelweg* 36

Innovative Demokratie – die USA im 20. Jahrhundert

Bernd Greiner **Point of No Return**

Die politische »Neugründung« der USA zwischen 1937 und 1947 97

Volker Depkat **Democracy in Progress**

Über die wiederholten Neugründungen der USA im 20. Jahrhundert 106

Bernd Greiner

Point of No Return

Die politische »Neugründung« der USA zwischen 1937 und 1947*

Während eines Jahrzehnts, zwischen 1937 und 1947, entstanden die USA in der uns heute bekannten Gestalt. Welche Akzente seither verschoben, welche Neuerungen realisiert oder welche Umbrüche aufs Gleis gesetzt wurden, sie blieben verlässlich innerhalb des damals gesetzten Rahmens. Die Rede ist von einem *point of no return* – einer Grenzlinie, deren Überschreiten eine Rückkehr zum Gewohnten unmöglich macht. Selbstverständlich wurde nicht alles auf den Kopf gestellt oder das Rad neu erfunden. Im Gegenteil. Wirkmächtige Traditionen lebten fort und forderten auf unter-

* Dieser Aufsatz – wie auch der folgende von Volker Depkat – geht auf das 19. Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte zurück, das am 24. und 25. April 2015 stattfand. Die von Susan Neiman und mir konzipierte und von Bettina Greiner organisierte Tagung stand unter dem Titel »The Second Founding of the United States, 1937–1947«. Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Anregungen, die zahlreich in den vorliegenden Text eingeflossen sind.

schiedliche Weise ihren altbekannten Tribut. Dennoch bewegten sich politisches Denken und Handeln fortan in einem grundsätzlich veränderten Koordinatensystem, ausgerichtet auf Maximen, die in ihrer Summe die Tür zur Welt von gestern endgültig verriegelten.

Gut zehn Jahre währte dieser Prozess, an dessen Ende die Vereinigten Staaten kaum mehr wiederzuerkennen waren. Beispielsweise auf dem Gebiet der *industrial relations*, der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. 1935 war mit dem »Wagner Act« ein Gesetz verabschiedet worden, das in den USA europäische Standards einführte: ein verbrieftes Recht auf gewerkschaftliche Organisation, kollektive Interessenvertretung und Streik. Fünf Jahre später schränkte der »Smith Act« diese hart erkämpften Zugeständnisse unter Verweis auf die Gefährdung »industrieller Sicherheit« durch linke Agitatoren wieder ein. Hatte der Kongress 1938 mit denkbar knapper Mehrheit einen Antrag des Abgeordneten Louis Ludlow abgewiesen, dem zufolge nicht mehr der Kongress, sondern ein Referendum aller wahlberechtigten Bürger über Amerikas Eintritt in einen Krieg entscheiden sollte, so war neun Jahre später von einem basisdemokratischen Diskurs über Außen- und Sicherheitspolitik keine Rede mehr. Mit dem Ergebnis, dass der »National Security Act« von 1947 selbst das Einspruchsrecht des Parlaments relativierte und faktisch die Exekutive zum alleinigen Herrn über Krieg und Frieden erklärte. Auch war die in den späten 1930er-Jahren geläufige Rede von den »Händlern des Todes« so gut wie verstummt; stattdessen wurden Rüstungsindustrielle und ihre politischen Fürsprecher von einer großen Koalition aus Gewerkschaftern, Bürgerrechtlern sowie klein- und mittelständischen Unternehmern geradezu hofiert, weil Abrüstung und Demobilisierung angeblich den Herausforderungen der Zukunft zuwiderliefen. Fast überflüssig zu betonen, wie die in der Zeit der Weltwirtschaftskrise leidlich tolerierten Kommunisten und Sozialisten jetzt gesehen wurden: nämlich als »tödliche Bedrohung« der Nation.

Welche Beispiele aus einer schier endlosen Liste auch immer herangezogen werden, sie illustrieren allesamt einen paradoxen Befund. Ausgerechnet auf dem Höhepunkt ihrer Macht und am Ende eines Weltkrieges, der das Land in beispielloser Weise gestärkt und die Ressourcen anderer Großmächte nicht minder radikal erschöpft hatte, machten sich in den USA Phobien über Unsicherheit, Verwundbarkeit und drohenden Untergang breit. Ausgerechnet in einer Situation umfassender Stabilisierung, als sich die Wirtschaft vom Desaster der »Großen Depression« erholte, als der Arbeitsmarkt boomte und Löhne und Einkommen stiegen, hatten Verlustängste Konjunktur. Und ausgerechnet jene orchestrierten die Panik, die wenige Jahre zuvor noch mit Präsident Franklin D. Roosevelt der Meinung gewesen waren, dass nichts so sehr das soziale und politische Leben vergiftete wie Angst.

Mit gutem Grund sprechen Historiker von einem »beharrlichen Rätsel«¹: Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Woher rührt die obsessive Fixierung auf »nationale Sicherheit«, die Neigung, alles und jedes zu einer Frage der »national security« zu machen? Und weshalb mauserte sich der Begriff »Sicherheit« zu einer semantischen Zauberformel, die in Debatten um innen- und außenpolitische Optionen verlässlich jedes konkurrierende Argument aussticht? Dergleichen allein vor dem Horizont der 1930er- und 1940er-Jahre zu diskutieren greift zu kurz. Zweifellos war diese Zeit ungewöhnlich komplex, verworren und dramatisch. Aber die daraus resultierende Dynamik war nicht voraussetzungslos, sie speiste sich zugleich aus einem Repertoire nationaler Selbstbilder und politischer Ordnungsvisionen, die seit den frühen Tagen der Republik eine profilierte Rolle spielten. Zu fragen ist mithin nach der Mixtur von Struktur und Situation oder nach dem Gewöhnlichen im Außergewöhnlichen.

Das Ende des Exzeptionalismus?

Während der zehnjährigen »Großen Depression« schien sich die notorisch diffuse Angst vor einem hausgemachten Scheitern Amerikas tatsächlich zu bestätigen. Bis heute stellen die damaligen Negativrekorde andere ökonomische Zusammenbrüche in den Schatten: jede zweite Maschine in der Automobilindustrie, dem Stolz der amerikanischen Industriekultur, musste abgeschaltet werden, zeitweise war die Hälfte aller Amerikaner im arbeitsfähigen Alter un- oder unterbeschäftigt, noch in den späten 1930er-Jahren und umfangreichen staatlichen Hilfsprogrammen zum Trotz waren ungefähr neun Millionen Menschen ohne Lohn und Brot. Niemals zuvor hatten die Vereinigten Staaten eine derart tiefgreifende und lange Erschütterung durchleben müssen, selten war die moralische Verwüstung hartnäckiger. Und erstmals wurde die Krise der Wirtschaft als Bankrott einer gesellschaftlichen Utopie gedeutet – als Scheitern des Traums vom ewig währenden Fortschritt und als Ruin der Vision, an die Stelle einer Gesellschaft von »have and have nots« eine Gemeinschaft von »have and will haves« setzen zu können. Individuelle Status- und Verlustängste standen für eine drohende Kernschmelze des nationalen Credos. »Ein Klima der Angst«, so der

1 Robert McMahon, »Der verwundbare Gigant. Unsicherheitsdebatten in den USA«, in: Bernd Greiner / Tim B. Müller / Klaas Voß (Hg.), *Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013, S. 45–58, hier S. 48. Vgl. die Audiodatei eines Vortrages, den McMahon auf Einladung des »Berliner Kollegs Kalter Krieg | Berlin Center for Cold War Studies« zu diesem Thema am 3. 12. 2015 in Berlin hielt; online unter: www.berlinerkolleg.com/de/vulnerable-titan-fear-threats-and-making-american-foreign-policy-during-cold-war [7. 4. 2016].

Historiker Ira Katznelson, »bestimmte die Politik auf allen Ebenen. Nichts war mehr sicher.«²

Ähnlich dramatisch fiel die Herausforderung durch Nationalsozialismus und Kommunismus ins Gewicht. Als »Erlösernation« zum Vorbild bestimmt zu sein und kraft dieses Vorbilds die »beste und letzte Hoffnung der Menschheit« (Abraham Lincoln)³ zu verkörpern, steht von jeher im Mittelpunkt amerikanischer Mythen. Auch wenn andernorts ähnlichen Selbstbildern gehuldigt wird, in einer auf Einwanderung gegründeten Gesellschaft wie den USA kommt der Meistererzählung über Exceptionalismus und Auserwähltsein eine ganz besondere Bedeutung zu – sie kompensiert den Mangel an gemeinsamen Traditionen und wird als imaginärer Überschuss gerade in Krisenzeiten in Anspruch genommen. Dementsprechend nervös beobachtete man bereits Jahre vor Kriegsausbruch und dem Bekanntwerden totalitärer Staatsverbrechen den rasanten Aufstieg Deutschlands und die Suggestivkraft des sowjetischen Wegs. Amerika schien im Ringen um die Zukunft, in dem erklärtermaßen nicht weniger als die »Seele der Menschheit« auf dem Spiel stand, ins Hintertreffen zu geraten, wenn nicht gar zu unterliegen. Als Wendell Willkie 1940 zum republikanischen Kandidaten für das höchste Staatsamt gekürt wurde und im Jahr darauf der konservative Verleger Henry Luce in *Life* seine Beschwörung des »Amerikanischen Jahrhunderts« publizierte, waren die parteipolitischen Gräben fast zugeschüttet. Schon lange vor Pearl Harbor und dem Kriegseintritt der USA hatten sich Präsident Roosevelts Konkurrenten dessen Grammatik der nationalen Mobilisierung zu eigen gemacht: Wenn Amerika scheitert, scheitert die Welt.

Zwar bemühte sich Franklin D. Roosevelt auch um eine Bändigung der Phobien seiner Zeit. »So first of all, let me assert my firm belief that the only thing we have to fear is fear itself.«⁴ Dass man sich nur vor der Angst ängstigen sollte, gehörte alsbald zu den unsterblichen präsidentialen Merksätzen. Das weniger bekannte semantische Pendant erscheint im Rückblick indes noch viel gewichtiger – Roosevelts ebenfalls seit 1933 popularisiertes Verlangen nach »universeller« oder uneingeschränkter Sicherheit. Im Grunde redete er einer »totalen Politik« das Wort, einem Programm, das keine klassische Ressortaufteilung mehr gelten ließ und auf eine gleichzeitige Maximierung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und militärischer Sicherheitsziele. Aber der Präsident hatte sich einem Projekt mit gegenläufiger Pointe verschrieben. Seine Vision von »national security« gründete nicht nur in

2 Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York / London 2013, S. 12.

3 Abraham Lincoln, Annual Message to Congress, 1. 12. 1862, zit. n. *The Collected Works of Abraham Lincoln*, Bd. 5, hrsg. von Roy P. Basler u. a., New Brunswick, NJ, 1953.

4 Franklin D. Roosevelt, Antrittsrede als Präsident, 4. 3. 1933, in: Davis W. Houck, *FDR and Fear Itself. The First Inaugural Address*, College Station, TX, 2002.

einem expansiven Sicherheitsversprechen. Dessen Überdehnung schärfte zugleich eine Sensibilität für reale und imaginierte Unsicherheiten und wurde folglich ungewollt zur Echokammer ohnehin grenzenloser Ängste.⁵

Konservative Südstaatler, Wirtschaftslobbyisten aus dem Norden, Vertreter der Republikanischen Partei und großer Veteranenverbände erkannten Roosevelts Schwachstelle und intonierten einmal mehr ihr Klagegedicht über Webfehler der liberalen Ordnung. Demnach ist Amerikas »soziale Sicherheit« ein stets prekäres Gut, weil chronisch Unzufriedene oder nicht assimilierbare Minderheiten toleriert werden und weil ausländische Mächte danach trachten, aus diesen Gruppen freiwillige Helfer zu rekrutieren. In solchen Phantasiewelten können sich selbst schwache Gegner zu einer tödlichen Gefahr auswachsen: vom Vatikan ferngesteuerte Katholiken, von Großbritannien ausgehaltene Gegner der Sklaverei, erst recht aber vom Kommunismus inspirierte und auf Rassengleichheit eingestimmte Agitatoren. Tatsächlich erinnerten die Reaktionen auf den Mitgliederzuwachs der Gewerkschaft »Congress of Industrial Organizations« (CIO) und auf erste Anzeichen einer Bürgerrechtsbewegung im Süden an die Panikattacken wegen der »roten Gefahr« am Ende des Ersten Weltkrieges. Wieder einmal hatte es den Anschein, so der Historiker Murray B. Levin, »als würde die kleinste Abweichung die Reinheit und Integrität des Ganzen gefährden, als könnte eine geringfügige Infektion gleich eine Epidemie auslösen«. ⁶ Und deshalb ist die 1934 getroffene Entscheidung des Repräsentantenhauses, ein Komitee mit der »Untersuchung unamerikanischer Umtriebe« zu beauftragen, ein politisches Schlüsseldatum. Damit wurde nämlich ein klassisches Instrument politischer Disziplinierung aus der Versenkung geholt: die Aufforderung an Opponenten und Freigeister, sich öffentlich zu Gott und Vaterland zu bekennen und im Namen der »nationalen Sicherheit« von grundsätzlicher Kritik am »American Way« abzusehen.

Angstunternehmer

Die treibende Kraft hinter dieser Loyalitätskampagne war Amerikas bis heute größte und einflussreichste Lobbyorganisation: der Veteranenverband »American Legion«. Vernetzt mit einer Vielzahl von Clubs, Verbänden und Vereinigungen, darunter Industrie- und Handelskammern, Rotarier und die »Daughters of the American Revolution«, orchestrierte die »Legion« seit den 1920er-Jahren einen Kulturkampf gegen alle, die nicht »100-prozentige Amerikaner« waren. So hysterisch das Programm auch immer vorgetragen wurde, der Erfolg der Kampagne sprach für sich selbst.

⁵ Vgl. Dwight Macdonald, *The Root is Man. Two Essays in Politics*, Alhambra, CA, 1953.

⁶ Murray B. Levin, *Political Hysteria in America. The Democratic Capacity for Repression*, New York 1971, S. 249 (Übersetzung B. G.). Vgl. Katznelson, *Fear Itself*, S. 16.

Der im Jahr 1924 verabschiedete »Johnson-Reed Act« setzte ein Ausrufezeichen hinter den Forderungskatalog der »Legion«: »Ethnizität bestimmt Loyalität«. Aus Europa wurden deutlich weniger, aus Japan überhaupt keine Einwanderer mehr zugelassen, »orientalische Rassen« blieben fortan von der amerikanischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Dass bis heute die »Stars and Stripes« in Klassenzimmern hängen, Lehrer Loyalitätseide ablegen und Schüler alltäglich ihre Treue zum Vaterland beteuern, dass Schul- und Universitätsbibliotheken nahezu regelmäßig von verdächtiger Literatur gesäubert und Unterrichtsmaterialien zensiert werden und dass mangelnder Patriotismus zur Entlassung aus dem öffentlichen Dienst führen kann, ist ebenfalls dem zähen Engagement der Veteranen geschuldet. Und nicht zuletzt machte die »Legion« den Denunzianten zur staatsbürgerlichen Respektsperson. Bei der Suche nach Wehrdienstverweigerern, Subversiven und illegalen Einwanderern versorgte man staatliche Stellen ungefragt mit Informationen und bildete obendrein besonders verlässliche Mitglieder zu »Geheimagenten« aus. Offensichtlich zur Zufriedenheit des FBI, das auf Initiative seines Chefs, J. Edgar Hoover, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ein »American Legion Contact Program« auflegte und weit über 30 000 Veteranen als »confidential informants« rekrutierte.⁷ Dem Anspruch der »Legionäre«, faktisch als eine staatlich lizenzierte Volksvertretung zu fungieren, hätte nicht besser gedient sein können.

Aufs Ganze gesehen setzte sich die »American Legion« an die Spitze eines Netzwerks von Bürgerorganisationen, die seit dem Ersten Weltkrieg zum Kampf für soziale Disziplinierung, politische Homogenität und kulturelle Amerikanisierung angetreten waren. Auf mehrere hunderttausend Freiwillige wird die landesweit agierende, in der Provinz ebenso wie in Großstädten präsenste Bewegung geschätzt. Im Grunde betraten zivilgesellschaftliche Angstunternehmer die Bühne der nationalen Politik, »Graswurzelaktivisten«, die sich von etablierten Parteien nicht hinreichend repräsentiert sahen und die populistische Tradition des Landes auf ihre Weise fortschreiben wollten. Und zwar mit einem zwiespältigen Anliegen: Einerseits müssen Angstunternehmer glaubwürdig versichern, durch ihr Engagement einen nennenswerten Beitrag zur Gewährleistung »nationaler Sicherheit« zu leisten. Andererseits können sie sich auf Dauer nur im Spiel halten, wenn Ängste am Köcheln gehalten, Risiken in Gefahren umgedeutet und Gefahren umstandslos als Bedrohung ausgegeben werden. Ansonsten verspielen sie ihr wichtigstes Kapital. In anderen Worten: Je intensiver die Mobilisierung von Emotionen und je rücksichtsloser das Spiel mit Affekten, desto einträglicher die politische Dividende. In diesem Sinne sorgten die Aktivisten der »American Legion« für ein emotional-affektives Hinter-

⁷ Vgl. Athan Theoharis, »The FBI and the American Legion Contact Program, 1940–1966«, in: *Political Science Quarterly* 100 (1985), 2, S. 271–286.

grundrauschen in der Politik. Man könnte auch von einem McCarthyismus *avant la lettre* sprechen.⁸

Atomare Zeitenwende

So gesehen stand die Paranoia des Kalten Krieges auf Abruf bereit, ehe die Konfrontation mit dem neuen Feind überhaupt begonnen hatte. Dass Verlustängste und Erlösungsphantasien bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ins Kraut schossen, ist aber mit diesen Voraussetzungen allein nicht zu erklären. Ein Weiteres kam hinzu, etwas Unerwartetes und buchstäblich Unerhörtes: die Atombombe. Ausgerechnet von jenen Mitteln, die für die Eindämmung von Angst aufgeboten wurden, ging bekanntlich die größtmögliche Gefahr aus – die Selbstvernichtung im Falle eines Versagens der Abschreckung. Mit Blick auf den emotionalen und affektiven Haushalt des Politischen sprach der Philosoph Günther Anders von »entmachtender Übermacht«⁹: Die nukleare Bedrohung war zu groß, um vorgestellt oder verarbeitet werden zu können, zu diffus, um greifbar zu sein. Gemeint ist eine verwirrende Entgrenzung. Die atomare Vernichtung kann buchstäblich jeden treffen, überall und jederzeit. Ortlosigkeit aber ist das Gegenteil von politisch, sie verträgt sich nicht mit dem jedweder Politik eigenen Anliegen – nämlich Problemen einen Ort und eine Adresse zu geben, sie durchschaubar und damit lösbar zu machen. Kurz: Wir haben es mit einem verstörenden Wandel in der Wahrnehmung von Welt und Politik zu tun. Es geht um die Unterstellung, dass es in der Phantasie nichts gibt, was die Wirklichkeit nicht einholen oder gar überbieten könnte – und dass eine einprozentige Möglichkeit folglich wie eine hundertprozentige Wahrscheinlichkeit behandelt werden muss.

Deshalb stand der »Atomspion« von Anfang an im Zentrum der kollektiven Hysterie. Aus dem Kreis der üblichen Verdächtigen – Kommunisten im Außenministerium, im Pentagon oder in den Streitkräften, »fellow travelers« im öffentlichen Leben – stach er seit September 1945 heraus, als der sowjetische Kryptograf Igor Gusenko in Kanada überlief und die Öffentlichkeit über einen von Moskau gesteuerten Agentenring informierte.¹⁰ Gusenkos Informationen belegten stichhaltig, dass der ehemalige Verbündete in die amerikanische Atomforschung, also zum Kernbereich nationaler

8 Vgl. Bernd Greiner, »Die ›American Legion‹. Ein Veteranenverband als Angstunternehmer«, in: Flavio Eichmann / Markus Pöhlmann / Dierk Walter (Hg.), *Globale Machtkonflikte und Kriege*, Paderborn 2016 (im Erscheinen).

9 Günther Anders, »Die Wurzeln der Apokalypse-Blindheit«, in: ders., *Die Zerstörung unserer Zukunft*. Ein Lesebuch, Zürich 2011, S. 56 ff., 61 ff.

10 Vgl. Ellen Schrecker, *Many are the Crimes*. McCarthyism in America, Princeton, NJ, 1998, S. 120, 135, 165–179, 190 ff.

Sicherheit, vorgedrungen war. Damit gab es scheinbar auch eine Antwort auf alle möglichen Fragen der Nachkriegszeit: Warum die rückständigen Russen auf wundersame Weise in den Besitz der Atombombe gelangt waren, weshalb die Frucht des Sieges im Zweiten Weltkrieg für die USA zum bitteren Lorbeer wurde oder wer Schuld am Ausbruch des Koreakrieges hatte. Letzteres führte der Richter im Prozess gegen die Atomspione Ethel und Julius Rosenberg übrigens zur Begründung des Todesurteils an.

So skandalös das Rosenberg-Urteil auch war, es kündet von einer bemerkenswerten und dem Geist der Zeit entsprechenden Konsequenz. Im Bild des kommunistischen Spions wurde das Ungreifbare fassbar, konnte man dem Flüchtigen eine Adresse zuschreiben und das Ortlose endlich wieder verorten. Vielleicht nährte das Todesurteil sogar die Illusion, das verdinglichte Böse buchstäblich aus der Welt schaffen zu können. Sollte dem so gewesen sein, so war die Beruhigung freilich nur von kurzer Dauer. Denn der überhitzte Antikommunismus gab der Politik weiterhin ihren Takt vor – als könnte der ideologische Lärmteppich ein Sedativum gegen tiefsitzende und mit anderen Mitteln schwerlich zu beruhigende Ängste sein. Nur so ist die Bärbeißigkeit der Kampagnen gegen Wissenschaftler zu verstehen, die sich für nukleare Abrüstung ausgesprochen hatten oder das Atomgeheimnis gar mit den Sowjets teilen wollten. Sie lieferten den Stoff für ein gutes Jahrzehnt der Einschüchterung und Verängstigung. Vor der Denunziation war am Ende niemand mehr gefeit, schon gar nicht die Politiker und Intellektuellen aus dem Umfeld des »New Deal«. Allein in den Geruch des »Un-amerikanischen« zu geraten und vor einen für nationale Sicherheit zuständigen Kongressausschuss zitiert zu werden, konnte Karrieren abrupt beenden, Familien zerstören und den wirtschaftlichen Ruin bedeuten.

Dass die »Roosevelt-Liberalen« dem Druck widerstandslos nachgaben und ihrerseits die Politik des Kalten Krieges unterstützten, ist aber nicht allein dem Furor des McCarthyismus geschuldet. Im Grunde setzten sie auch den Schlusspunkt hinter eine seit Mitte der 1930er-Jahre gängige Praxis. Gemeint ist die Kompromissbereitschaft gegenüber der konservativen Vetomacht im Kongress, die zu Recht als Sturmgeschütz gegen gewerkschaftliche und sozialstaatliche Errungenschaften des New Deal gefürchtet wurde. Um diese Koalition aus Südstaatendemokraten und Republikanern vom Äußersten abzuhalten, rückten die Reformer bereitwillig nach rechts – mit dem Ergebnis, dass die Debatte über Innen- und Außenpolitik nur noch aus einem drastisch ausgedünnten Ideenreservoir schöpfte.¹¹ Wohlfahrtsstaatlicher Minimalismus wurde zum Maß aller Dinge im Inneren, militärische Übermacht zur Essenz äußerer Sicherheit. Darauf gründete die vielzitierte »Überparteilichkeit« amerikanischer Nachkriegspolitik – auf der

¹¹ Vgl. Katznelson, *Fear Itself*, S. 15 ff, 486.

Lebensversicherung für einen zur Abwehr aller vorstellbaren Gefahren aufgeblähten Staat, den »nationalen Sicherheitsstaat«.

Hatten Intellektuelle und Publizisten aus dem politischen Mainstream in der ersten Jahrhunderthälfte noch vor einer Aushöhlung demokratischer Fundamente durch wuchernde Sicherheitsapparate gewarnt, so finden sich ihre Argumente seither nur noch in Nischen. Bis heute zahlt Amerika den Preis einer inflationären Angst, die in seiner kollektiven Imagination entstanden ist, vor dem Hintergrund realer Bedrohungen exzessiv dramatisiert wurde und in der Folge ein resistentes Eigenleben entfaltete. Die Rede ist von einem politischen Diskurs, in dem maßlose Ängste dem Phantasma »totaler Sicherheit« ständig neue Nahrung geben. Wie auch umgekehrt die Vision »totaler Sicherheit« beharrlich die Vorstellung extremer Verwundbarkeit am Leben erhält und damit auch überzüchtete Ängste. Unablässig auf der Suche nach Monstern, die es zu zerstören gilt, sind der politischen Klasse wie auch der Öffentlichkeit offenkundig die Maßstäbe abhandgekommen, zwischen Risiko, Bedrohung und Gefahr unterscheiden zu können – oder unterscheiden zu wollen, weil eine auf Emotionen und Erlösungsfantasien ausgerichtete Politik erfahrungsgemäß den größten politischen Gewinn abwirft.¹² Die mentalen, politischen und institutionellen Voraussetzungen wurden allesamt in den 1930er- und 1940er-Jahren geschaffen.

Bernd Greiner, Professor für Außereuropäische Geschichte an der Universität Hamburg, forscht am Hamburger Institut für Sozialforschung und leitet das Berliner Kolleg Kalter Krieg.

Bernd.Greiner@his-online.de

12 Vgl. Ira Chernus, *Monsters to Destroy. The Neoconservative War on Terror and Sin*, Boulder, CO, 2006 sowie Peter N. Stearns, *American Fear. The Causes and Consequences of High Anxiety*, Hoboken, NJ, 2006, S. 188–191.

Democracy in Progress

Über die wiederholten Neugründungen der USA
im 20. Jahrhundert

Von den Gründungsvätern als in die Zukunft gerichteter und kaum jemals abzuschließender, aber stets durch die Verfassung von 1787 regulierter politischer Prozess konzipiert, hat die amerikanische Demokratie distinkte Phasen durchlaufen, die jeweils in weiteren Zeithorizonten zu betrachten sind. Sie ist im Laufe ihrer Geschichte wiederholt umgegründet worden. Das gilt auch für die Zeit seit 1933, in der die von Franklin Delano Roosevelt unter dem Eindruck der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise grundlegende *New-Deal*-Republik gleich mehrfache Transformationen durchlaufen hat.

Zuvörderst zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung, die mit der Bürgerrechtsgesetzgebung der 1960er-Jahre nicht nur die rechtliche Gleichstellung der *African Americans* erreichte, sondern auch eine neue Form von *rights consciousness* in der politischen Kultur der USA verankerte, ein Grundrechtbewusstsein, das den Emanzipationsbewegungen auch anderer marginalisierter Gruppen Auftrieb gab.¹ So entfalteten sich im Windschatten des *Civil Rights Movement* die sogenannte Zweite Frauenbewegung, das *American Indian Movement*, das *Latino Movement* und nicht zuletzt die Bewegung der Schwulen und Lesben, die allesamt sowohl ihr Recht auf Gleichberechtigung und Teilhabe am demokratischen Prozess der Vereinigten Staaten als auch ihr Recht auf Eigenart und Anderssein reklamierten.

Ein ganz anderer Faktor, der die politische Kultur der USA nach 1945 ebenfalls grundlegend verändert hat, ist der tiefgreifende demografische Strukturwandel, der durch eine neue, sich seit den 1970er-Jahren aufbauende Welle der Masseneinwanderung gefügt wurde. Mit der Liberalisierung der Einwanderungsgesetzgebung durch den *Hart-Celler-Immigration Reform Act* des Jahres 1965 machten die USA ihre Tore für Immigranten wieder ganz weit auf – und seitdem kommen Einwanderer in Mengen, die alles historisch Dagewesene in den Schatten stellen.² Allerdings speist sich diese

1 Zu *rights consciousness* als Signatur der nach 1945 entstehenden politischen Kultur: James T. Patterson, *Grand Expectations. The United States, 1945–1974*, Oxford 1996, S. 562–592; ders., *Restless Giant. The United States from Watergate to Bush v. Gore*, Oxford 2005, S. 274–277.

2 Roger Daniels, *Coming to America. A History of Immigration and Ethnicity in American Life*, 2. Aufl., New York 2002, S. 328–451; Godfrey Hodgson, *More Equal Than Others. America from Nixon to the New Century*, Princeton/Oxford 2004, S. 112–138; Samuel Huntington, *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*, New York 2004, S. 178–256.

neue Welle kaum noch aus Europäern; es kommen vor allem Menschen aus Asien und der eigenen Hemisphäre in die USA.

Im Ergebnis führte die Kombination von *rights consciousness* und Masseneinwanderung dazu, dass die amerikanische Gesellschaft seit 1945 ethnisch-kulturell immer diverser und die akzeptierten Lebensentwürfe immer zahlreicher und auch individualistischer geworden sind. Dies zeitigte tiefgreifende Folgen für die amerikanische Demokratie, sodass sich tatsächlich die Frage stellt, wann die USA ihr uns heute geläufiges Gesicht angenommen haben und welche Rolle die Jahre von 1935 bis 1947 dabei spielen.

Diese Frage kann man allgemein stellen und sie in Abhängigkeit von den tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandlungsprozessen der Vereinigten Staaten seit 1945 reflektieren. Man kann sie aber auch enger auf das von Bernd Greiner identifizierte neue, sich zwischen 1935 und 1947 formierende Koordinatensystem des politischen Denkens beziehen. Demnach entstand in diesen Jahren ein spezifisches, von Phobien über Unsicherheit, Verwundbarkeit und Untergang generiertes Regime der Angst, das obsessiv auf tatsächliche oder vermeintliche Gefährdungen der *national security* fixiert war und das Wort von der *Sicherheit* zu einer »semantischen Zauberformel« werden ließ. Diese konnte in politischen Debatten ganz nach Belieben als Totschlagargument eingesetzt werden, um vor allem eines zu erreichen: den sozialpolitischen Reformeifer des *New Deal* einzuhegen und den von ihm begründeten Wohlfahrtsstaat auf ein Minimum zu begrenzen. Diese These lädt freilich dazu ein, einerseits über die Geschichte des amerikanischen Wohlfahrtsstaates im 20. Jahrhundert zu reflektieren und andererseits den Gefühlshaushalt des *American exceptionalism* genauer zu betrachten.

Der *New Deal* und sein Ort in der Politikgeschichte der USA seit 1933

Die *Great Depression*, die nach Revolution und Bürgerkrieg dritte große transformative Krise in der Geschichte der USA, erschütterte den auf Grundrechtsliberalismus, Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus beruhenden *American Way of Life* in seinen Grundlagen. Die amerikanische Antwort auf die präzedenzlose Wirtschafts- und Orientierungskrise war – anders als in Deutschland – nicht die Zerschlagung der demokratischen Staatsordnung, sondern ihre Reform durch die Schaffung eines modernen Wohlfahrtsstaates.³

3 Zum *New Deal* hier nur: Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York / London 2013; Kiran Patel, *The New Deal. A Global History*, Princeton, NJ, 2016; Melvyn Dubofsky (Hg.), *The New Deal. Conflicting Interpretations and Shifting Perspectives*, New York 1992.

Der im Zuge des *New Deal* begründete Wohlfahrtsstaat stand zwar weiterhin in den Traditionen des *limited government* und war deshalb ein Wohlfahrtsstaat *American style*. Doch immerhin, nach 1933 formierte sich ein neues Verständnis vom Staat, der im Sinne sozialer Gerechtigkeit aktiv in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse eingriff, um den marktwirtschaftlichen Kapitalismus zu regulieren, und die Staatsbürger als Arbeitnehmer und Konsumenten vor den Unberechenbarkeiten marktwirtschaftlicher Wachstumszyklen schützte. Damit passte die *New-Deal*-Politik von Präsident Franklin D. Roosevelt die in den noch agrarischen Lebenswelten des ausgehenden 18. Jahrhunderts begründete amerikanische Demokratie an die Realitäten der industriellen Moderne an.

Dieser in den 1930er-Jahren etablierte *New Deal*-Konsens blieb bis in die 1970er-Jahre hinein stabil und bestimmend für die amerikanische Innenpolitik.⁴ Die Präsidenten Harry Truman, Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson führten in Zusammenarbeit mit den wiederholt wechselnden Mehrheiten im US-Kongress den in den 1930er-Jahren eingeleiteten wohlfahrtsstaatlichen Umbau der amerikanischen Demokratie fort und bauten den krisengeborenen Sozialstaat sukzessive weiter aus. Dies geschah nicht unbeirrt, nicht in einem linearen Prozess mit klarer Stoßrichtung, aber doch immerhin Schritt für Schritt, wobei auf zwei Schritte vor manches Mal auch einer zurück folgte. So kam nach Harry Trumans kühner Vision des *Fair Deal* der in wohlfahrtsstaatlichen Angelegenheiten eher zurückhaltende, aber insgesamt sehr pragmatische *Compassionate Conservatism* Dwight D. Eisenhowers, bevor John F. Kennedy und vor allem Lyndon B. Johnson mit seinem *War on Poverty* und dem Projekt der *Great Society* ganz neue wohlfahrtsstaatliche Ambitionen entwickelten.

Eine solche Entwicklung war 1945 nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Nach zwölf Jahren staatlicher Reform- und Interventionspolitik von beispielloser Intensität, die zunächst im Zeichen des *New Deal*, dann im Zeichen des Zweiten Weltkrieges stand, erwarteten viele Zeitgenossen eine »Rückkehr zur Normalität« unter der Ägide der Republikaner, so wie es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war, und gingen deshalb von einem massiven Angriff auf den *New-Deal*-Staat aus.⁵

Der blieb jedoch aus, weil der Systemantagonismus des Kalten Krieges der wohlfahrtsstaatlichen Bändigung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus eine neue Bedeutung verlieh.⁶ Wohlfahrtsstaatliche Politik diente nun nicht mehr in erster Linie der Linderung krisengefügter Not, sondern der Reform des marktwirtschaftlichen Kapitalismus mit dem Ziel, alle sozialen Schichten am Wohlstand des Landes teilhaben zu lassen und den allgemei-

4 Das Folgende nach: Volker Depkat, *Geschichte der USA*, Stuttgart 2016, S. 279–285.

5 Ebd., S. 202–203.

6 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 338–346.

nen Lebensstandard anzuheben. Der Kampf gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit wurde mithin zu einem Lackmustest für die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Demokratie im Kampf gegen die kommunistische Alternative.

Zugleich schien allgemeiner Wohlstand die beste Garantie gegen ein Verfangen kommunistischer Agitation und Verführung zu sein. So stellte William Levitt, der Bauherr von staatlich subventionierten vorstädtischen Siedlungen mit privaten Wohnhäusern zu erschwinglichen Preisen, im Jahre 1945 fest, dass jemand, der sein eigenes Haus und Grundstück besitze, unmöglich Kommunist sein könne: Er habe einfach zu viel zu tun.⁷ Die beiden Säulen der amerikanischen Innenpolitik der 1950- und 1960er-Jahre waren deshalb einerseits die systematische Förderung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Kooperation von Staat, Arbeit und Kapital und andererseits die sukzessive Erweiterung des amerikanischen Wohlfahrtsstaates zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards.

Die Formierung der Neuen Rechten als Rebellion gegen den *New Deal*-Staat und den Liberalismus der 1960er

Der stets nur minimale Wohlfahrtsstaat *American style* war seit seinen Anfangstagen immer umkämpft und selbst zu seinen besten Zeiten massiver konservativer Kritik ausgesetzt. Dieser Konservatismus gründete in der amerikanischen Urangst vor einem zu großen und zu mächtigen Staat, der aktiv lenkend in die sozialen und wirtschaftlichen Prozesse eingriff und dadurch die individuelle Freiheit einschränkte oder gar vollends vernichtete. Für Konservative standen sozialstaatliche Aktivitäten mithin per se unter Kommunismusverdacht. Insofern ist die Geschichte des Wohlfahrtsstaates in den USA nach 1945 eine Geschichte der Gesetze und Maßnahmen, die sich trotz einer stets virulenten konservativen Skepsis durchsetzen ließen. Diese konservative Grundhaltung lässt sich gar nicht einmal primär parteipolitisch fassen; sie ist eher so etwas wie ein Grundrauschen der amerikanischen Demokratie, das bis weit in die Reihen der Demokratischen Partei zu hören war und bis heute ist.

Wenngleich der bis etwa 1970 hegemoniale wohlfahrtsstaatliche Konsens dieses konservative Grundrauschen zwischenzeitlich übertönte, so lässt sich doch nicht übersehen, dass sich bereits in den 1960er-Jahren unter dem Dach der Republikanischen Partei ein neuer Konservatismus formierte, der sich eine Abkehr vom *New-Deal*-Liberalismus auf die Fahnen

7 Eric Larrabee, »The Six Thousand Houses That Levitt Built«, in: *The Harper's Monthly*, September 1948, S. 79–88, hier S. 84 (»no man who owns a house and lot can be a Communist, he has too much to do«).

schrieb und zu einem Schrittmacher des Aufstiegs der *New Right* werden sollte.⁸ Diese konservative Rebellion gegen den Wohlfahrtsstaat begann 1964 mit der Präsidentschaftskandidatur von Barry Goldwater, der als republikanischer Senator für Arizona die radikale Kritik am *New-Deal*-Konsens ins Zentrum seiner Kampagne stellte. Hinter ihm scharten sich viele der späteren Größen der Neuen Rechten wie beispielsweise Ronald Reagan oder die konservative Aktivistin und Publizistin Phyllis Schlafly. Vier Jahre später feierte die konservative Rebellion mit der Wahl Richard Nixons zum 37. Präsidenten der USA einen Etappensieg, doch so richtig an Fahrt gewann ihre Kritik am *New-Deal*-Liberalismus erst in den von vielen Amerikanern als krisenhaft erfahrenen 1970er-Jahren. Damals bescherten der Watergate-Skandal, die Ölkrise und das unerhörte Phänomen der Stagflation in Kombination mit der Niederlage in Vietnam, der Demütigung durch Iran und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan den Amerikanern eine weitere Desorientierungskrise, die sich politisch unter anderem in eine massive Infragestellung des von den Roosevelt-Liberalen vertretenen Staats- und Politikverständnisses übersetzte und den Aufstieg der *New Right* weiter vorantrieb.

Diese Entwicklung ging zeitlich einher mit dem Zerfall der von Roosevelt im Präsidentschaftswahlkampf von 1932 geformten *New-Deal*-Koalition, einer in ihrer Breite neuen Wählerbasis für die Demokratische Partei, die auf überaus spannungsreiche Weise die Demokraten des Südens – weiß, angelsächsisch, protestantisch und rassistisch – mit der ethnisch ungemein diversen Industriearbeiterschaft des Nordens sowie den *African Americans* vereinigte. Diese Koalition blieb bis Ende der 1960er-Jahre stabil, dann zerfiel sie einerseits an ihren inneren Widersprüchen, andererseits an ihren eigenen Erfolgen.

Viele Angehörige der liberal gesinnten weißen Mittelklasse entfremdeten sich unter dem Eindruck von Aufruhr und Gewalt, Jugendprotesten, sexueller Freizügigkeit und Drogenkonsum der 1960er/70er-Jahre von der Demokratischen Partei, weil sie die Turbulenzen der Zeit für das Ergebnis eines aus dem Ruder gelaufenen Liberalismus hielten. Im Süden trug vor allem die rechtliche Gleichstellung der *African Americans* zum Zerfall der *New-Deal*-Koalition bei, denn viele der dortigen Demokraten waren als eingefleischte Rassisten um keinen Preis bereit, die Bürgerrechtspolitik ihrer eigenen Partei mitzutragen. Berüchtigt ist der Ausspruch des Demokraten George Wallace, der bei seiner Einführung in das Amt des Gouverneurs von Alabama am 14. Januar 1963 ausrief: »Rassentrennung jetzt, Rassentren-

⁸ Allen J. Matusow, *The Unraveling of America. A History of Liberalism in the 1960s*, New York 1984; Patterson, *Giant*, S. 108–151; Sean Wilentz, *The Age of Reagan. A History, 1974–2008*, New York 2008, S. 120–150; Kim Phillips-Fein, *Invisible Hands. The Making of the Conservative Movement from the New Deal to Reagan*, New York 2009; Depkat, *Geschichte*, S. 285–296.

nung morgen, Rassentrennung für immer.«⁹ Gleichzeitig gingen auch die Arbeiter und die unteren Mittelschichten bis 1970 zunehmend auf Distanz zur Demokratischen Partei. In den zurückliegenden Dekaden hatten sie am meisten von den wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen profitiert und sich dadurch einen Wohlstand erarbeitet, der ihnen den Anspruch auf viele staatliche Unterstützungsleistungen entzog. Obwohl ihre eigene ökonomische Situation weiterhin alles andere als gesichert war, finanzierten sie nun mit ihren Steuern etliche Bundesprogramme, die die Lage der Armen verbessern sollten, ohne selbst noch in den Genuss dieser Maßnahmen zu kommen. Im Gegenteil, die aus Steuergeldern bestrittene staatliche Unterstützung für Frauen sowie für *African Americans* und andere ethnische Minderheiten schien ihnen nur weitere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu bescheren.

Diese krisenhafte Gemengelage trieb den Aufstieg der *New Right*, die Anfang der 1970er noch eine eher marginale Rolle innerhalb der Republikanischen Partei spielte, voran. Diese Entwicklung vollendete sich im November 1980, als Ronald Reagan zum 40. Präsidenten der USA gewählt wurde.

Die konservative Neugründung der USA in der Ära Reagan

Mit der Wahl Ronald Reagans begann eine neue Phase der amerikanischen Politik, in der ein konservatives Staats- und Politikverständnis bestimmend wurde und sich das politische Gravitationszentrum dauerhaft nach rechts von der Mitte verschob. Sean Wilentz spricht gar von einem »Zeitalter Reagans« und fasst unter dieser Bezeichnung die Jahre von 1974 bis 2008 zusammen.¹⁰ Es ist freilich von heute aus betrachtet überhaupt nicht klar, ob *the Age of Reagan* inzwischen zu Ende gegangen ist.

In der *Reagan Revolution of Government*, die eine Gegenrevolution zum *New Deal* war, wurden der Wohlfahrtsstaat abgebaut, die Wirtschaft dereguliert und Steuern gesenkt. Das konservative politische Denken kreiste um Konzepte wie den freien Gebrauch individueller Talente, die Entfesselung marktwirtschaftlicher Kräfte und den weitgehenden Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen und sozialen Prozessen. Die Ideologie des freien Marktes setzte sich vollends durch. Reagan war davon überzeugt, dass ein von staatlicher Regulierung befreiter Markt nicht nur die Wirtschaft wieder in Gang bringen, sondern auch viele soziale Probleme lösen würde. Der Markt als Modell für die Organisation von Gesellschaft insgesamt, die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Praktiken auf immer neue Bereiche

⁹ George Wallace 1963 Inauguration Address, 14. Januar 1963, online unter: www.youtube.com/watch?v=_RCoEjsUbdU [8. 4. 2016].

¹⁰ Wilentz, *Age of Reagan*.

des gesellschaftlichen Lebens – das sind die Prämissen des konservativen Staats- und Gesellschaftsverständnisses, das mit der Wahl Reagans zur vorherrschenden Ideologie avancierte. In Europa würde eine solche Anschauung als *neoliberal* bezeichnet werden, in den USA nennt man sie jedoch *konservativ*, weil sie scheinbar im Einklang mit einer bis auf die Anfangstage der Republik zurückreichenden Politiktradition des *limited government* steht, mit der der *New Deal* aus Sicht seiner rechten Kritiker gebrochen hatte.

Erst dieses Erdbeben der konservativen Wende hat die uns heute bekannte Gestalt der USA hervorgebracht. Durch dieses Prisma hindurch betrachtet, erscheinen die Jahre von 1933 bis 1980 als eine in sich geschlossene historische Geschehenseinheit und längst versunkene Zeit, auf die sich nur wenige der heutigen Demokraten gerne und unbeirrt berufen. Ob die bislang so erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders die Rückkehr eines linken Amerika anzeigt, wird die Zukunft weisen. Bemerkenswert ist freilich, dass der selbsterklärte Sozialist als unabhängiger Kandidat antritt und nicht Mitglied der Demokratischen Partei ist.

Die amerikanische Demokratie ist also im 20. Jahrhundert – wie schon zuvor – gleich mehrfach umgegründet worden. Das hat einerseits mit den allgemeinen Wandlungsprozessen zu tun, wie sie bislang beschrieben worden sind. Das ist andererseits aber auch einem transformativen Impuls geschuldet, der dem politischen Prozess der Vereinigten Staaten seit jeher immanent ist. Das von der Unabhängigkeitserklärung formulierte Glücksversprechen eines Lebens in umfassender individueller Selbstbestimmung war stets als ein Versprechen auf die Zukunft formuliert, das sich in der Ausgestaltung der revolutionär begründeten Demokratie immer erst noch verwirklichen sollte. Deshalb ist die amerikanische Demokratie von Beginn an ein Experiment mit offenem Ausgang gewesen, und sie ist es in vieler Hinsicht bis heute. Mit diesem Experiment verbanden sich einerseits die enthusiastischsten Emanzipationshoffnungen, andererseits aber auch die größten Versagensängste: Sollte das Experiment scheitern, dann scheiterte es nicht nur für die Amerikaner, sondern für die gesamte Menschheit. Damit sind wir beim strukturellen Grundproblem des *American exceptionalism* und dem daran gekoppelten Gefühlshaushalt angelangt, in dem Auserwähltheitsbewusstsein, Bewährungsverpflichtung und Versagensangst unauflöslich ineinander verschlungen sind.

American exceptionalism im Spannungsfeld von Auserwähltheitsbewusstsein, Bewährungsverpflichtung und Versagensangst

Dass die Amerikaner sich für ein auserwähltes Volk halten und dass ihnen missionarischer Eifer nicht fremd ist, ist hinlänglich bekannt.¹¹ Weniger bekannt ist, dass dieses Auserwähltheitsbewusstsein untrennbar verknüpft ist mit Versagensängsten, die in der stets gegebenen Möglichkeit des Scheiterns des eigenen Politik- und Gesellschaftsexperiments gründen. Dieser Zusammenhang lässt sich bis auf die Anfänge der europäischen Kolonisierung Nordamerikas zurückverfolgen, genauer gesagt bis auf das Jahr 1630, als mit den von John Winthrop angeführten puritanischen Kongregationalisten auch das exzeptionalistische Bewusstsein nach Nordamerika kam.

Seine paradigmatische Ausformulierung fand es in einer Predigt »A Model of Christian Charity«, die Winthrop seinerzeit noch vor der Ankunft in Amerika an Bord des Schiffes »Arbella« hielt.¹² Darin führte er seinen Glaubensbrüdern vor Augen, dass sie einen Bund mit Gott geschlossen hätten. Sollten sie sicher in Amerika ankommen, so dürften sie dies als ein Zeichen werten, dass Gott diesen Bund von seiner Seite aus ratifiziert habe, was sie im Gegenzug dazu verpflichtete, streng nach seinen Gesetzen zu leben und ein Modell brüderlicher Nächstenliebe, christlicher Barmherzigkeit, Bescheidenheit und Gerechtigkeit auf biblischer Grundlage zu verwirklichen.

Dabei waren Winthrops Überlegungen in einem die gesamte Menschheit umfassenden Bezugsrahmen verankert: In einer gottgefälligen Glaubens-, Arbeits- und Solidargemeinschaft bewährten sich die Puritaner nicht nur für sich selbst, sondern stellvertretend für die gesamte Christenheit. Ja mehr noch, das gelingende Experiment des gottgefälligen Lebens verspreche eine Reform der gesamten Christenheit im Sinne biblischer Ideale einzuläuten. In der Wildnis Neuenglands sollte ein wahrhaft christliches, das heißt von allen Verfälschungen, Lastern und Korruptionen Europas gereinigtes Gemeinwesen entstehen, von dem die Erneuerung der Welt ausgehen würde. Es sei deshalb die Aufgabe seiner Gemeinschaft, so Winthrop, eine »city upon a hill« zu gründen, auf die die Augen der ganzen Welt gerichtet sein würden.

Nur wenn und solange ihnen dies gelänge, könne der Bund zwischen Gott und ihnen Bestand haben. Sollten sie jedoch vom Weg abkommen und in der Aufgabe versagen, hätten sie den Bund ihrerseits aufgekündigt. Gottes Rache würde fürchterlich und ihr Projekt nur »a story and a by-word through the world« sein. *City upon a hill* oder *Fußnote der Geschichte* – diese

11 Michael Kammen, »The Problem of American Exceptionalism: A Reconsideration«, in: *American Quarterly* 45 (1993), 1, S. 1–43; Donald E. Pease, *The New American Exceptionalism*, Minneapolis, MN, 2009.

12 John Winthrop, »A Modell of Christian Charity«, 1630; online unter: <http://history.hanover.edu/texts/winthmod.html>.

beiden Extreme definieren das Spannungsfeld, in dem die Narrative des *American exceptionalism* von Beginn an eingelassen sind.

Im Zuge der Amerikanischen Revolution wurde dieses religiöse Auserwähltheits- und Sendungsbewusstsein säkularisiert und unauflöslich mit dem Projekt der amerikanischen Demokratie verbunden. Die Unabhängigkeitserklärung verkündete die politisch-sozialen Grundwerte, auf denen die künftige, normativ als ideal antizipierte Ordnung basieren sollte: Naturrechtsliberalismus, das in seinen Grundrechten definierte Individuum als Kern aller sozialen Ordnung, Volkssouveränität und ein liberales Staatsverständnis, das die einzige legitime Verwendung staatlicher Macht im Schutz individueller Rechte sah. Die Verfassung von 1787 überführte diese Wertideen in eine institutionelle Struktur, deren alleiniger Zweck die Bewahrung der revolutionären Ideale von 1776 war. Sie stellt die Institutionalisierung des mit der Unabhängigkeitserklärung gegebenen Glücksversprechens dar; Unabhängigkeitserklärung und Verfassung der USA sind mithin zwei aufeinander verweisende Dokumente ein und derselben historischen Bewegung.

Aber auch unter säkularen Vorzeichen stand die Möglichkeit des Scheiterns des in seinem Ausgang offenen Experimentes in Demokratie allen Beteiligten stets vor Augen. Mit den Händen greifen lässt sich dies in Thomas Paines berühmtem Pamphlet »Common Sense«, das, im Januar 1776 veröffentlicht, die noch unentschlossenen Kolonien auf den Weg zur Unabhängigkeit brachte, wie sie am 4. Juli dann für alle Welt verkündet wurde.¹³ Auch in diesem Grundtext der Amerikanischen Revolution begegnet uns das schon von Winthrop bekannte Entweder-oder-Narrativ, schreibt Paine dort doch, dass die Kolonisten es in ihrer Hand hätten, die Welt ganz neu zu machen (»We have it in our power to begin the world over again«). Einen solchen historischen Moment habe es seit den Tagen Noahs nicht mehr gegeben. Die Geburt einer neuen Welt stehe unmittelbar bevor, wenn, ja wenn die Amerikaner diese historische Chance auch nur wirklich ergriffen. Sollten sie die Gunst der Stunde ungenutzt verstreichen lassen, lüden sie große Verantwortung auf sich.

Fünfundachtzig Jahre nach Paines Pamphlet stand das revolutionäre Experiment in Demokratie unmittelbar vor dem Scheitern, als mit dem Bürgerkrieg der bis heute blutigste Krieg in der amerikanischen Geschichte ausbrach. Diese existenzielle Krise begriff Präsident Abraham Lincoln als einen Test, den die Amerikaner bestehen mussten, sollte ihre freiheitliche Ordnung dauerhaft Bestand haben und als Hoffnung der Menschheit erhalten bleiben. In seiner jährlichen Botschaft an den Kongress vom 1. Dezember 1862 bezeichnete Präsident Abraham Lincoln die USA als »the last best

¹³ Thomas Paine, »Common Sense«, 1776; online unter: www.ushistory.org/paine/commonsense/.

hope of earth«, die durch die Bundesregierung entweder auf noble Art gerettet oder auf gemeine Art verspielt werden würde.¹⁴ Ein Jahr später stellte er dann in seiner berühmten »Gettysburg Address« fest, dass mit der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 eine neue, in Freiheit empfangene Nation auf dem nordamerikanischen Kontinent entstanden sei, die sich selbst dem Grundsatz verschrieben habe, dass alle Menschen gleich erschaffen seien. Den Bürgerkrieg interpretierte Lincoln als eine Bewährungsprobe, in der die Amerikaner den Nachweis zu erbringen hatten, dass eine auf solchen Grundwerten basierende Nation tatsächlich dauerhaft bestehen könne; andernfalls drohe eine solche Ordnung ein für alle Mal aus der Welt zu verschwinden.

Insgesamt hat diese für das Diskursmuster vom *American exceptionalism* charakteristische Koppelung von Auserwähltheitsbewusstsein, Erlösungshoffnung, Bewährungsverpflichtung und Versagensangst einen für die amerikanische Kulturgeschichte spezifischen Angst- und Gefühlshaushalt produziert, der immer wieder zu eruptiven Aufwallungen von Paranoia, Angst vor Unterwanderung und Furcht vor Zerstörung des *American Way of Life* geführt hat. In diesem Zusammenhang ist das sich in den Jahren von 1935 bis 1947 formierende Angstregiment, das die Grundlagen für die McCarthy-Ära legte, sicherlich eine besonders spektakuläre Manifestation dieses kulturgeschichtlichen Grundmusters. Doch gehen diese periodischen Aufwallungen auch wieder vorbei, wie nicht zuletzt die nach Senator Joseph McCarthy benannte Episode selbst belegt.¹⁵

Die Furcht vor kommunistischer Unterwanderung war, wie Bernd Greiner zeigt, durch die Truman-Regierung und den Kongress schon für einige Jahre geschürt worden, als Senator McCarthy am 9. Februar 1950 auf einer Versammlung der Republikaner in Wheeling, West Virginia, mit einigen Blättern Papier herumwedelte und behauptete, er halte hier eine Liste mit 205 Namen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei in der Hand, die in verantwortlicher Position im Außenministerium arbeiteten, ohne jemals auch nur einen Namen zu nennen oder Beweise für seine Anschuldigungen zu erbringen.

Im Herbst 1950 als Senator von Wisconsin wiedergewählt, wurde McCarthy Vorsitzender des *Permanent Subcommittee on Investigations*. Diesen Ausschuss nutzte er als Plattform für eine immer verstiegener anmutende Jagd auf angebliche Kommunisten im Regierungsapparat. In seinen überaus öffentlichkeitswirksamen Anhörungen enttarnte er keinen einzigen Kommunisten, ruinierte dafür aber zahllose Karrieren und verbreitete ein Klima der Angst bis hin zu hysterischer Furcht, die das öffentliche Leben

14 Abraham Lincoln, »Second Annual Message«, 1. Dezember 1862; online unter: www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29503.

15 Landon R. Y. Storrs, *The Second Red Scare and the Unmaking of the New Deal Left*, Princeton, NJ, 2013.

weitgehend lähmte. Allerdings überspannte der immer selbstgerechtere McCarthy den Bogen, als er im Frühjahr 1954 vermeintliche kommunistische Umtriebe bei den Streitkräften zu untersuchen begann. Die 36-tägigen Anhörungen wurden im damals noch jungen Medium Fernsehen gezeigt, und die Fernsehnation konnte sich selbst ein Bild von den substanzlosen Anschuldigungen des polternden Kommunistenjägers machen, der sich sogar erdreistete, den Kriegshelden und Präsidenten Dwight D. Eisenhower direkt zu attackieren. Die Bevölkerung war geschockt, McCarthy diskreditiert und das Ansehen des Senats beschädigt. Im Dezember 1954 verurteilte der Senat offiziell die Aktivitäten McCarthys mit 65 gegen 22 Stimmen. McCarthy war am Ende und starb keine drei Jahre später an den Folgen seines Alkoholmissbrauchs.

Das politische Aus für den Senator markierte zwar das Ende der McCarthy-Ära, aber der *McCarthyismus* als ein in der Furcht vor kommunistischen *Feinden im Innern* ankerndes politisches Weltbild war noch lange nicht verschwunden. Es blieb vielmehr tief in der Konstellation des Kalten Krieges verwurzelt und wurde meist dann virulent, wenn äußere Krisensituationen oder sich beschleunigende soziale und wirtschaftliche Wandlungsprozesse Gefühle von Desorientierung, Unsicherheit und Angst um den Fortbestand des *American Way of Life* hervorriefen. Dabei war *Kommunismus* stets ein nur vage definiertes Plastikwort, das sich flexibel verwenden ließ, um politische Gegner oder nicht genehme Lebensformen zu diskreditieren.

Insofern ist das von Bernd Greiner beschriebene Angstregiment zwar spezifisch für die Zeit des Kalten Krieges, doch die Angst kam und ging in Wellen. Zudem ist der Zusammenhang von *American exceptionalism* und Versagensangst in gewisser Hinsicht ein sich durch alle Phasen der amerikanischen Geschichte ziehendes Strukturmuster, das in konkreten historischen Situationen mit je spezifischen Akteuren, Feindbildern, Bedrohungsanalysen und Angstszenarien gefüllt wurde. In letzter Konsequenz bekommen wir darin vielleicht einen Angsthaushalt zu fassen, wie er offen, dem Prinzip individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Pluralität verpflichteten und von einem utopischen Impuls getragenen Gesellschaften eigen ist.

*Volker Depkat, Historiker, ist Professor für Amerikanistik
an der Universität Regensburg.
volker.depkat@sprachlit.uni-regensburg.de*